

Wir zahlen nicht für die Krise!

Die Krise war nie vorbei: Fekters Budget ist ein Angriff auf ArbeiterInnen und Jugendliche. Die Wirtschaft wird 2012 nur gering wachsen – die Regierung will daher weiter sparen. Die Banken dagegen werden ihr Staatsgeld nicht zurückzahlen und sich vielleicht erneut retten lassen – wir sagen: „Wir bezahlen das alles nicht!“

Seite 2

USA: „We are the 99%“

„We are the 99%“ – der Slogan der Occupy Bewegung in den USA drückt das Gefühl von Millionen auf der ganzen Welt aus: Dass das reichste 1% die Gesellschaft kontrolliert und der Rest durch die Finger schaut. Dagegen gibt es nun seit September in den USA eine heftige Bewegung von Jugendlichen und ArbeiterInnen.

Seite 12

Schwerpunkt

Ein Krisengipfel jagt den Anderen. Die Herrschenden suchen panisch nach Lösungen für die Krise und die ArbeiterInnenklasse soll das bezahlen. Die EU ist in ihrer tiefsten Krise.

Seiten 7–10



VORWÄRTS

SLP
Sozialistische Linkspartei

Normalpreis € 1,-
Solipreis € 2,-

Die Sozialistische Zeitung seit 1983

Nr. 203 | 11.2011

Es reicht! Dieses System muss weg!

Empörung & Erstaunen! Erstaunen darüber, wie völlig schamlos sich PolitikerInnen und KapitalistInnen auf unsere Kosten bereichern. Jeden Tag eine neue Enthüllung über ihre Korruption. Empörung darüber, wie sie gerade jetzt schon wieder versuchen, die Kosten der kommenden Krise auf uns abzuwälzen. Die Unterschiede zwischen den verschiedenen Parteien werden immer geringer. Sie sitzen im Parlament, kassieren Spitzenbezüge & Privilegien und haben in Wirklichkeit keine Ahnung, wie sie die Krise bekämpfen können. Vor

Doch schon im Budget-Finanzrahmen, den sie nach ihrem Amtsantritt bekannt gab, sind Ausgabensenkungen bei Bildung, Forschung und Kultur bis 2015 um 4,1 Milliarden vorgesehen. In den nächsten Monaten werden sich die Angriffe der Regierung überschlagen! Die anderen Parteien kritisieren z.B. wie die Grünen, dass „zu wenig gespart“ wird oder wollen wie FPÖ/BZÖ eine „Verwaltungsreform“ (was weniger Geld für Gesundheit, Bildung, Jugendschutz etc. bedeutet). Wir 99%, um die es ja geht, werden nicht gefragt. Wichtig sind für die Politi-



Fotomontage: Copyleft Alex Swoild

Das System kracht an allen Ecken und Enden: Eine Krise jagt die nächste – Zukunft ist Mangelware.

zwei Monaten hat sich die Regierung noch für den „Aufschwung“ auf die Schulter geklopft. Heute ist klar, dass das dicke Ende der Krise noch bevor steht. Im neuen Budget hält sich Fekter bedeckt, was Kürzungen angeht.

kerInnen nur die Bedürfnisse der „Wirtschaft“, also die Profite der KapitalistInnen!

Demokratie? Und weil die Herrschenden wissen, dass immer weniger Menschen mit ihnen zufried-

den sind, versuchen sie Protest im Keim zu ersticken. Wir sehen eine Serie von Gesetzen bei denen demokratische Rechte beschnitten werden. Unter dem Deckmantel der „Terrorbekämpfung“ sollen künftige Demonstrationen, Streiks und Proteste kriminalisiert werden.

onen, Streiks und Proteste kriminalisiert werden.

Systemfehler! Das System kracht, seine Mängel werden immer deutlicher: Krise folgt Krise. Profite auf unsere Kosten. Armut und soziale Probleme nehmen zu. Die herrschende Elite bereichert sich. Demokratie ist Mangel. All das ist typisch für das System Kapitalismus.

Sonja Grusch

Die SLP fordert:

- Durchschnittsgehalt für PolitikerInnen – Schluss mit Privilegien
- Sparen wir die Profite der KapitalistInnen – Geld für Soziales, Pensionen und Bildung
- Schluss mit dem Profitsystem – sozialistische Demokratie in Wirtschaft und Gesellschaft

Der Standpunkt



von Sonja Grusch In der Früh in der U-Bahn: Österreich & Heute bieten Klatsch & Tratsch. Doch im Oktober war alles anders: der MetallerInnen-Streik war Thema Nr.1. Auch wenn das Ergebnis hinter dem Möglichen zurück bleibt, ist klar: Streik ist wieder aktuell. Die Unterstützung für den Streik war in Umfragen bei bis zu 90%. Das spiegelt den Wunsch vieler wider, endlich auch entschlossen für höhere Löhne zu kämpfen. „Besorgt“ (angesichts der Vorbildwirkung) warnten FPÖ, Wirtschaftskammer, Wirtschaftsminister & Co. vor dem Streik.

Streik: Ein Tabu kehrt zurück

2003 gab es die großen Streiks gegen die Pensionsreform und die Regierungsangriffe auf die ÖBB. Viele Jahre vorher und auch seither war Streik im Arsenal der Gewerkschaft nicht existent. Nun erklärt der Leitende Sekretär des ÖGB, Achitz: „Na selbstverständlich ist ein Streik kein Instrumentarium der österreichischen Sozialpartner, es ist ein Instrument der Beschäftigten und ihrer Gewerkschaften, für ihre Anliegen zu kämpfen, wenn es am sozialpartnerschaftlichen Verhandlungstisch keine Einigung gibt.“ Ganz neue Töne sind das – doch das bedeutet wohl weniger ein Umdenken der Gewerkschaftsführung, sondern spiegelt den enormen Druck wieder, der aus der Basis kommt. Auch in anderen Branchen sind nun Kampfmaßnahmen wahrscheinlicher geworden. Damit diese erfolgreich sind müssen die Streiks allerdings lebendiger, demokratischer und aktiver werden. In vielen Metallbetrieben wussten die Beschäftigten nicht ob und wann sie streiken und während des Streiks wurde bestenfalls mit Kartenspielen die Zeit tot geschlagen. Die Krise wird härter, die Angriffe auch. Um in einer solchen Situation auch härtere Streiks gewinnen zu können, müssen die Streikenden über Streikaufnahme und -abbruch, über das Verhandlungsteam und -ergebnis entscheiden und den Streik aktiv mit Diskussionen, Demonstrationen und Aktionen selbst gestalten.

Impressum:

Eigentümer, Herausgeber Verleger & Redaktion: Sozialistische Linkspartei (SLP), Kaiserstraße 14/11, 1070 Wien. | Druck: digiDruck.at, 1100 Wien, Herstellungs- und Verlagsort: Wien. | DVR: 0820202 | Zulassungs-Nr.: 327808W97U Abo-Zahlungen & Spenden: PSK (BLZ 60 000) Kto-Nr. 8812.733

Banken verstaatlichen: Ja, aber richtig!

Erste und Volksbanken AG machen 2011 je fast eine Milliarde Euro Verlust. Treichl & Co. haben Staatsgeld kassiert, gönnen sich selbst Millionen – und werden wohl das Staatsgeld nicht zurückzahlen. Stattdessen könnten sie 2012 nochmal „gerettet“ werden. Es kann sogar zu weiteren „Notverstaatlichungen“ wie bei Hypo und Kommunalkredit kommen. Die SLP fordert eine Verstaatlichung der Banken – aber

gänzlich anders. Wir wollen keine „Verstaatlichung der Verluste“. Banken sollen nicht auf unsere Kosten saniert und dann wieder privatisiert werden. Sie sollen nicht nach kapitalistischen Gesichtspunkten weitergeführt werden, sondern im Interesse der ArbeiterInnenklasse. Dafür müssen die Banken unter Kontrolle der Gesellschaft und der Beschäftigten gestellt werden, durch wirklich demokratische Strukturen.



Wir zahlen nicht für die Krise!

Im Frühjahr hat Ministerin Fekter Anzeigen geschaltet, wie gut die Regierung die Krise „gemeistert“ hat. Jetzt sagt sie in ihrer Bud-

Reallöhne, Gebührenerhöhungen etc. Jetzt ist die Krise „wieder da“ – und Fekter will uns weiter bluten lassen.

– auch hier gibt es weniger Geld. Im Öffentlichen Dienst („Verwaltungsreform“) soll gekürzt werden. Und: Das Budget be-

Die Krise war nie vorbei: Fekters Budget ist ein weiterer Angriff auf ArbeiterInnen und Jugendliche.

getrede, dass die Krise nicht vorbei ist. Vorwärts warnt davor schon seit längerem – die „Erholung“ war nur eine Atempause. Zu groß sind die darunterliegenden Widersprüche, die nach 2008 nicht gelöst wurden. Die „Erholung“ war nur möglich, weil die österreichische Wirtschaft stark exportabhängig ist – und wir hatten nichts davon. Denn wir haben für die Krise schon einmal bezahlt – durch niedrigere

Sie behauptet, dass mit Augenmaß gespart werden soll – aber der Rotstift trifft genau Bildung, Gesundheit und Soziales: „Der 2010 eingeschlagene Sparkurs wirkt fort“. Das Budget für die Unis steigt nur um 80 Millionen – obwohl die Lage an den Unis unerträglich ist. Das restliche Geld will Töchterle durch Studiengebühren abdecken. Im Gesundheitswesen ist die Spitalsreform bereits am Laufen

ruht auf Wirtschaftsprognosen, die nicht halten werden – was kommt da noch auf uns zu? Nochmalige Bankenrettung? Wir sagen: Wir zahlen nicht für die Krise! Stattdessen verlangen wir Geld für Bildung, Gesundheit, Pensionen und Soziales! Die MetallerInnen haben's vorgezeigt: Wer kämpft kann gewinnen, wer nicht kämpft hat schon verloren!

Laura Rafetseder



Die 1% Vermögenden: Zur Kasse bitte!

Die reichsten 1% in Österreich besitzen im Schnitt je 1,1 Mio. Euro. Steuern zahlen sie kaum – weil das Geld steuerschonend in Stiftungen geparkt ist. Eine Vermögenssteuer, die diese 1% zur Kasse bittet, wäre ein enormer Fortschritt. Die Vorschläge, die von SPÖ oder auch Erwin Pröll gekommen sind, sind aber nicht mal ein Tropfen auf dem heißen Stein. Sie sind eine Reaktion auf den enormen Druck von unten – selbst die Kapitalist-

Innen können nicht mehr argumentieren, warum sie kaum was zahlen und haben Angst vor sozialen Explosionen.

Eine „Reichensteuer“ darf aber kein Freibrief für Kürzungen bei ArbeiterInnen sein – nach dem Motto „jeder muss seinen Beitrag leisten“. Und: Sie wird die Krisenhaftigkeit des Kapitalismus nicht überwinden – dafür müssen wir den Kapitalismus selbst abschaffen.

Fünf Parteien für die Reichen, keine für uns. Wir brauchen unsere eigene politische Organisation.



Neue ArbeiterInnenpartei jetzt!

Als die MetallerInnen streikten, welche im Nationalrat vertretene Partei stand da für sie auf? Die SPÖ? Oder gar die FPÖ? Vielleicht die Grünen? Antwort: Keine von ihnen. Keine Partei solidarisierte sich lautstark mit dem Streik. Keine unterstrich die Berechtigung, mit Streiks gegen Preissteigerungen und für bessere Löhne zu kämpfen. Keine mobilisierte vor die Fabriktore, um den KollegInnen Mut zuzusprechen. Keine organisierte Solidaritätskundgebungen oder Proteste.

Was ist mit der SPÖ? Sie hält manchmal gerne Sonntagsreden über soziale Gerechtigkeit. Doch mit dem Streik solidarisierten sich nur einzelne Politiker, zum Beispiel der SPNÖ Vorsitzende Sepp

Leitner. Ansonsten wurde vornehm geschwiegen. Schließlich stehen in Bund, Ländern und Gemeinden Sozialkürzungen bevor, die unter anderem



zu Konflikten mit Gemeindebediensteten führen werden. Bloß keine schlafenden Hunde wecken...

Die FPÖ zeigte sich als die Reichenpartei, die sie ist. Deren Unternehmerflügel verurteilte den Streik. Ansonsten sagte man besser nichts. Man

wollte die Freunde in der Industrie nicht verärgern. Sonst ist man ja immer ganz vorne dabei, wenn man die Menschen gegeneinander ausspielen kann.

Wir brauchen eine eigene politische Stimme! Ein Kollege bei Opel in Wien Aspern drückte es so aus: „Wir brauchen eine neue Arbeiterpartei, weil die SPÖ schon lange keine mehr ist.“ Im Kleinen haben wir während der MetallerInnenstreiks gezeigt,

was die Rolle einer ArbeiterInnenpartei ist: Wir haben Solidarität organisiert, Unterschriften gesammelt, Vorschläge für einen erfolgreichen Arbeitskampf gemacht.

Nötig ist aber mehr. Gerade GewerkschafterInnen haben hier eine wichtige Rolle zu spielen. Zum Beispiel müssen sich Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion im ÖGB, der FSG, fragen was sie eigentlich noch mit der Sozialdemokratie verbindet. Die Verbindung mit der SPÖ nützt nur Politikern, die einen Fuß in die Gewerkschaften brauchen, um zur „Zurückhaltung“ zu mahnen. Es wird Zeit, diese Verbindung zu beenden und arbeitenden Menschen eine eigene Stimme zu geben. **Christian Bunke**

Der rechte Rand

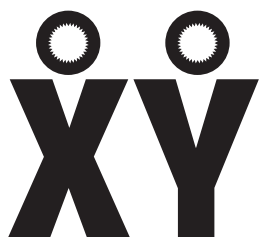
Rechter Spuk um den Ballhausplatz

Für 22.10. hatte die „Österreichische Bürgerpartei“ zu Anti-EU Protesten aufgerufen. Dahinter steckt „Pastor Peitl“, der sich selbst als „christlich-freiheitlich“ oder „Tempelritter“ bezeichnet. Er ruft dazu auf Pro-EU-PolitikerInnen wegen „Landesverrats“ zu hängen. Als sich Nazis im Internet dem Aufruf anschlossen und linke Organisationen Widerstand ankündigten zog die (Ein-)Bürgerpartei die Anmeldung zurück. Auf Nazi-Seiten wurde „jetzt erst recht“ mobilisiert und „Aktionen von nationaler Seite“ angekündigt. Die SLP organisierte eine Kundgebung der sich auch andere AntifaschistInnen anschlossen. Heribert Schiedel (DOEW): „Die Kundgebung war sinnvoll, im gegenteiligen Fall wären wahrscheinlich Neonazis aufmarschiert.“ Die „Bürgerpartei“ mobilisiert inzwischen für den 23.12. für einen zweiten Versuch. Die SLP wird erneut Widerstand organisieren.

Wer ist „stolz und frei“?

Benannt nach einem antisowjetischen Propagandalied ist seit September eine neue Nazi-Homepage online. Nachdem mit Küssel&Co die wichtigsten Köpfe hinter Alpen-Donau festgenommen wurden ist es um die Seite still geworden und die „Kameraden“ versuchen nun die Lücke zu füllen. „Stolz und frei“ zielt auf Jugendliche und hat auch eine Nähe zur AFP-Jugend, u.a. dem wieder tätigen „Bund freier Jugend (BFJ)“. Im Mittelpunkt stehen typische Nazi-Themen wie der Kampf gegen das Wiederbetätigungsgesetz, die „Rückführung“ aller MigrantInnen oder das „alles vernichtende Zinssystem“.

Kein Vertrauen in die Politik



Vertrauen in die Politik besteht bei 75% der ÖsterreicherInnen wenig oder gar nicht...

...bei ebenfalls 75% ist das Vertrauen in den letzten fünf Jahren gesunken. Und noch weniger vertraut wird den PolitikerInnen direkt. 82% sind es, die PolitikerInnen wenig oder gar kein Vertrauen schenken.

Quelle: Salzburger Nachrichten 30.9.2011

PolitikerInnen Und auch das Ergebnis der jährlich erscheinenden Umfrage von Reader's Digest lässt keinen Zweifel offen, wem am wenigsten vertraut wird:

PolitikerInnen erreichen einen Wert von 9%. Das ist der letzte Platz mit 7 Prozentpunkten Abstand zum nächsten (Fußballspieler 16%). Sogar AutoverkäuferInnen und FinanzberaterInnen, die ja weithin als wenig vertrauenswürdig gelten, liegen mit 18% bzw. 22% um mehr als das Doppelte voran.

Ebenfalls interessant: Auch der Gewerkschaftsführung wird nur zu 25 % vertraut.

Justiz Aber auch die Justiz genießt – wenn es um die Frage ihrer Unabhängigkeit geht – nur sehr wenig Vertrauen. Laut einer Umfrage misstrauen 82% der Justiz. Und politische Parteien bilden mit 36% das Schlusslicht im Vertrauensranking der Institution?

Quelle: Österreich 29.8.10. profil, Nr.4, 41.Jg, 25.1.2010/Eurobarometer

Karin Wottawa



... nur 25% vertrauen der Politik.

Diesmal ging die Gewerkschaft mit einer fetten Forderung in die Verhandlungen - trotz schlechter Wirtschaftsprognosen, eines wankenden Finanzsektors und schlechter Abschlüsse anderer Gewerkschaften. Als die Unternehmer bei der ersten Verhandlung die Forderungen nicht akzeptierten, organisierte die Gewerkschaftsführung noch vor einem 2. Verhandlungstermin Streiks. Der Streik überraschte Politik und Wirtschaft und fand breite Unterstützung in der Bevölkerung. Viele Beschäftigte in anderen Bereichen wünschten sich auch von ihrer eigenen Gewerkschaft eine ähnliche Gang-

Frisch gekämpft, ist halb gewonnen!

art und hohe Lohnforderungen. Schließlich hat der Streik gezeigt, dass es auch in Zeiten wie diesen möglich ist, Verbesserungen zu erkämpfen!

Fast könnte man/frau glauben die Rede sei vom MetallerInnen-Streik letzten Monats. Aber eben nur fast. Die PRO-GE-Führung hat nach einem anfänglich wuchtigen Streik zurück gerudert und nicht viel über dem 1. Angebot der Unternehmer abgeschlossen. Die Rede ist aber von den Streiks der Gewerkschaft der Lokführer (GDL) in Deutschland 2007/8. Sie streikten mehrmals und das mit Erfolg: 11% Lohn-erhöhung und Arbeitszeitverkürzung! Während Privatisierungen oder „Öffnungsklauseln“ Kollektivverträge unterlaufen werden, kämpft und streikt die GDL heuer für einheitliche Regelungen im Bahnbereich. Das Ziel ist, die schlechter gestellten Bereiche den Besseren anzugleichen. Auch so kann Gewerkschaftspolitik 2011 aussehen. **Albert Kropf**



Streiken bringt's!

Als die KV-Verhandlungen der MetallerInnen von Gewerkschaftsseite abgebrochen wurden, starteten rund 150 Metallindustrie-

betriebe mit Betriebsversammlungen und Warnstreiks. „Endlich!“ und „jetzt zeigen wir es ihnen einmal“ meinten viele KollegInnen. Beim Streik selbst beteiligten sich dann fast 200 Betriebe. Der Streikabbruch am Montag enttäuschte dann viele KollegInnen.

„Wenn wir weiter gestreikt hätten, wäre mehr drinnen gewesen“ O-Ton eines Streikenden

betriebe mit Betriebsversammlungen und Warnstreiks. „Endlich!“ und „jetzt zeigen wir es ihnen einmal“ meinten viele KollegInnen. Beim Streik selbst beteiligten sich dann fast 200 Betriebe. Der Streikabbruch am Montag enttäuschte dann viele KollegInnen.

Der Abschluss wurde mit sehr gemischten Gefühlen aufgenommen. Viele MetallerInnen emp-

finden den Abschluss als zu niedrig. Angesichts der enormen Teuerung und der Streiks rechneten viele mit 4,5% Lohnerhöhung.

licht jenen Betrieben, die in den letzten drei Jahren zwei Jahre mit negativem Betriebsergebnis hatten, die Lohnerhöhung zumindest

keit und die Notwendigkeit einer kämpferischen und demokratischen Gewerkschaftspolitik. Viele ArbeiterInnen, insbesondere LeiharbeiterInnen, haben bei den Streiks viel riskiert. Die SLP hat eine Urabstimmung über das Verhandlungsergebnis vorgeschlagen. Es ist das Recht der KollegInnen, nach einer demokratischen Debatte in den Betrieben über dieses KV-Ergebnis abzustimmen. MetallerInnen-Chef Wimmer hält das für eine „Schnapsidee“. Auf jeden Fall hat der MetallerInnenstreik das Eis gebrochen. Weitere Streiks bei der Herbstlohnrunde sind damit wahrscheinlicher geworden.

Michael Gehmacher



Angriffe auf Kollektivverträge und Lohnabschlüsse

ÖÖ kürzt per Gesetz die Einkommen der Landes- und Gemeindebediensteten und reduziert damit schon vor den KV-Verhandlungen die Lohnerhöhungen der KollegInnen im Öffentlichen Dienst und Tausender, deren Abschlüsse sich danach richten. Einen Bericht finden Sie auf www.slp.at

Auch International wird versucht, Kollektivverträge auszuhebeln. Als bisheriger Höhepunkt setzte Griechenland auf Druck

von EU, EZB und IWF die Kollektivverträge aus. Der ÖGB zeigt sich „...äußerst beunruhigt über die zunehmenden Angriffe auf die sozialen und gewerkschaftlichen Rechte der ArbeitnehmerInnen...“ (www.oegb.at, 21.10.2011)

Mit der Mitleidstour ist nichts zu holen. Für Verbesserungen (oder gegen Verschlechterungen) muss gekämpft werden. Angriffe von müssen mit gewerkschaftlichen Kampfmaßnahmen beantwortet

werden. Genauso muss auf internationale Vorstöße reagiert werden, und die „äußerste Beunruhigung“ muss sich in kämpferische Solidarität mit den KollegInnen in Griechenland wandeln. Trotz aller Kritik an der Gewerkschaftsführung - das Recht auf kollektive Lohnverhandlungen ist zu verteidigen. Einzelverträge führen nur dazu, die ArbeitnehmerInnen auseinander zu dividieren und zu schwächen. **Herbert Wanko**

„Mitzi, rück' den Schotter raus!“

„Fekter lädt zu Vortrag & Diskussion ein“ wurde für 30.9. in ganz Attnang-Puchheim (OÖ) angekündigt. Die ÖVP lud Maria Fekter als „Finanzexpertin“ ein, einen Vortrag über die „angebliche“ Wirtschaftskrise zu halten. Zu erwarten waren billige Propaganda und vor allem Hetze gegen die GriechInnen. Fekters kapitalistische Sparpolitik geht auf Kosten der österreichischen ArbeiterInnen. Gleichzeitig steckt viel Steuergelder in Bankenrettungspaketen. „Wird ja eh zurückgezahlt.“ heißt es dann. Aber in der kapitalistischen Realität sieht das ganz anders aus. Die Österreichische Volksbanken AG ist nicht in der Lage, die Teilzahlung von 300 Mio. € zu zahlen. Ebenfalls hat sich Fekter „ausgezeichnet“ durch ihre zutiefst unmenschliche Asyl- und Assimilationspolitik und ihre geschichtsrevisionistischen Aussagen.

Deshalb organisierte die SLP-Gmunden Proteste gegen Fekter. Als Ministerin Fekter eintraf wurde sie als erstes nicht von ihren ParteifreundInnen und SympathisantInnen begrüßt, sondern von lautstarken, unzufriedenen Menschen, die von ihrer Kürzungspolitik betroffen sind. Anschließend kam die örtliche, von der ÖVP organisierte, Musik-

kapelle um „Mitzi“ etwas vorzuspielen. Mindestens ein Musiker hat sich übrigens geweigert, für Fekter zu spielen!

In jeder Pause ergriffen wir mit anderen Empörten das Wort durchs Megafon. Es gab Redebeiträge und Demoparolen in denen wir ihre Spar- und Kürzungspolitik aufs Schärfste verurteilten. Sie war übrigens nicht im Stande, sich ihren GegnerInnen zu stellen, obwohl wir die ganze Zeit über in ihrem Blickfeld standen.

Um 20:00 Uhr betreten Maria Fekter & Co. schließlich das Gebäude. Als AktivistInnen der SLP bzw. andere TeilnehmerInnen der Gegenveranstaltung Versuche starteten, ebenfalls an der ÖFFENTLICHEN Veranstaltung im Technologie-Zentrum teilzunehmen, wurden diese prompt vom Türsteher abgewiesen. Bei mehrmaliger Befragung der VeranstalterInnen, warum gerade normale BürgerInnen nicht hinein durften, bekamen wir bloßes Achselzucken. Kritik war wohl nicht erwünscht von der ÖVP.

Diese Aktion war insgesamt sehr erfolgreich (und sehr laut), und wir haben es geschafft, dass Fekter nicht einmal in ihrer Heimatstadt ihre neoliberale Propaganda ohne Widerstand verbreiten konnte.

Simon Stockhamer



No to Jo & Co!

40 BesucherInnen statt 200. Im Hinterzimmer eines griechischen Restaurants statt im Festsaal des akademischen Gymnasiums.

Fünf mal sorgten wir dafür, dass sie aus ihrem Veranstaltungsort rausgeschmissen wurden. Die Verantwortlichen wollten

tee kam Unterstützung. GewerkschafterInnen in der Gastronomie wurden auf unsere Initiative aktiv, um zu verhin-

Antifaschistische Kampagne marginalisiert braunesoterischen „Bewusst-Kongress“

Das war der Bewusst-Kongress in Wien.

Die VeranstalterInnen waren rechte VerschwörungstheoretikerInnen rund um Jo Conrad. Dieser hat handfeste Verbindungen zur rechtsextremen Szene und ist bereits mit einschlägigen Sägern aufgefallen. So schreibt er in seinem Buch „Entwirrungen“, der Zustand der Welt sei das Produkt „jüdischer Gedanken“.

nichts mit diesen Leuten zu tun haben, nachdem wir sie über deren Verbindungen nach ganz Rechts informiert hatten. Applaus kam dafür nicht nur aus mehreren deutschen Blogs. Viele Menschen gratulierten uns zu der Kampagne via E-Mail. Aus den Reihen des Dokumentationsarchivs des Österreichischen Widerstandes (DÖW) und dem Mauthausen-Komi-

tern, dass der Kongress sich einnisten konnte. Die Ausbreitung der braunesoterischen Szene in Österreich ist nun erschwert. Oder, wie es das deutsche antifaschistische Infoportal krrfaq formuliert: „Conrad wird es sich zukünftig vermutlich gründlich überlegen, ob er nochmal eine derartige Veranstaltung in Österreich plant.“

Abschiebung verhindert – Polizei klagt um zu strafen

Am 15.12.2010 sollte Ousmane C. nach Guinea abgeschoben werden. Dank Kampagne und Weigerung des Piloten musste die Abschiebung abgebrochen werden. Für Ousmane hat das ein Nachspiel: Eine Anzeige wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt und schwerer Körperverletzung. Die Intention ist klar: Bestrafung. Auch am 2. Prozesstag (29.9.) widersprechen sich die vier vernommenen Polizisten. Der häu-

figste Satz: „Das weiß ich nicht mehr“. Nur an eines können sich plötzlich alle erinnern – sie wollen Ousmane verkehrt die Gangway hinauf getragen haben. Komisch, dass dieses Detail bei der ersten Einvernahme kein einziger Polizist erwähnte. Der Prozess geht weiter – die Solidaritätskampagne für Ousmane auch!

Maria Hörtnner

„Spendenkonto Ousmane“,
Konto-Nr: 50312063827
Bank Austria: BLZ 12.000

Foto: Christina Schröder



Termin des Monats

18.-20.
NOV/2011

SLP

Sozialistische Linkspartei

FIGHT THE POWER!

3 TAGE THEORIE & PRAXIS

Eurokrise ✳ Slutmärsche ✳ Reichenbesteuerung ✳ Schutz gegen Abschiebungen ✳ Alternativen zum Kapitalismus ✳ Neue Protestformen ✳ Arabischer Frühling ✳ Bildungsbewegungen ✳ WKR 2012

Drei Tage Diskussion über Theorie & Praxis des Widerstands.

Diskussionen mit Stefan Berg, Göteborg, CWI-Schweden | Christina Ziaka, CWI-Griechenland | Andrea Grasserbauer, Bundesgeschäftsführung der Piratenpartei Österreichs | Rosa Logar, Mitbegründerin des ersten Frauenhauses in Österreich | Nikolaus Kunrath, Mitarbeiter Grüne Wien

www.slp.at

AMERLINGHAUS

WIEN / STIFTGASSE 8

„Die Jagd ist in Verruf geraten“ schrieb zuletzt „Die Presse“. Jetzt ist es so weit: Die „foinen“ Jagdgesellschaften etwa eines Alfons Mendorf-Pouilly liegen unter Beschuss. Warum denn dieses? „Seine Jagden sind vom Feinsten“, weiß „profil“. Und „profil“ muss es wissen: Dessen mächtigster Eigentümervertreter Christian Konrad – seines Zeichens Raiffeisengeneral – ist selbst passionierter Jäger.

Den Damen und Herren, die an einer solchen „Gesellschaftsjagd“ teilnehmen, geht es freilich eh nur um das „Erlebnis der Natur“. So streifen etwa die landauf landab bekannten BergfexInnen dieses Schla-

Rote Seitenblicke

ges durch die Wälder: Ex-Vizekanzler Josef Pröll, der Boss der Industriellenvereinigung Veit Sorger, Casinos Austria-Chef Karl Stoss und ÖIAG-Chef Markus Beyrer; daneben die Industriellen Thomas Prinzhorn, Siegfried Wolf, Hanno Soravia, Alexander Quester, Helmut Niedermeyer und Gerhard Randa. Ingrid Flick, die sich ein Milliardenvermögen erwitwet hat, darf da nicht fehlen. Ebenfalls unter den pulverdampfenden Naturfreunden im Loddenrock: Maria Fekter, Finanzministerin der Republik – aber die lässt sich wenigstens nicht „von Rehlein-Augen beeindruckt“.

Dass es sich bei der fröhlichen Jägerei um nichts als ein „harmloses Hobby“ abseits der schnöden Geschäftswelt handelt, erklärt auch, warum Konzerne wie Siemens, die Bank Austria, Raiffeisen oder Thyssen-Krupp „Firmenjagdreviere“ hatten oder haben; deren ManagerInnen haben schließlich auch eine wenig Zerstreuung verdient.

Alex Swoidl

Wir sind alle KünstlerInnen

Im Kapitalismus sind Profite das Essentielle. Kunst wird im Kapitalismus deshalb niemals frei sein.

Talentshows zeigen viel unentdeckte Kreativität. Ob Kochen, textiles Arbeiten, Töpferei oder neue Medien: Auf unterschiedliche Weise, in unterschiedlichem Ausmaß betätigen sich alle Menschen kreativ oder haben zumindest das Bedürfnis danach. Aber die meisten haben zu wenig Zeit und Geld dafür. Wir sind gezwungen, fremdbestimmter Arbeit nachzugehen, die uns viel Energie und Zeit kostet, und nicht genug Einkommen bringt, um kreativ sein zu können. Während die einen immer mehr um immer weniger Geld arbeiten, haben andere keinen Job und werden in die Armut gedrängt. Allen ist gemein, dass ihnen wenig bis gar kein Raum für Kreativität bleibt und so liegt ein

riesiges Kontingent an Talent brach. Ob und in welchem Ausmaß Menschen kreativ sind, hängt von ihren Lebensumständen ab.

Nur die Vermarktbar-



keit entscheidet im Kapitalismus, ob mensch KünstlerIn ist oder nicht. Kulturprojekte sind abhängig von Subventionen der etablierten Politik und von Unternehmen, die als Sponsoren Einfluss nehmen. Unbequemeres oder Unprofitables

wird dadurch ausgehungert. Zahlreiche Kunstschaffende haben zu wenig Möglichkeit, ihr Werk zu präsentieren, wodurch uns auch viel entgeht. Gute

MusikerInnen müssen unentgeltlich auftreten. Andererseits senkt die Vermarktung von schlechter, dafür profitabler mainstream-„Kultur“ das kulturelle Niveau. Parallel dazu existiert ein Segment von hochprofessionalisierter „Hochkultur“,

deren Konsum sich kaum wer leisten kann. Nur sehr wenigen gelingt es, prominent zu werden und von Kunst leben zu können.

Wenn nicht für privaten Profit, sondern für Erfüllung menschlicher Bedürfnisse gearbeitet würde, bliebe mehr Freiraum. In einer demokratisch geplanten Wirtschaft arbeitet mensch nicht für den Profit eines anderen und kann sich kreativ einbringen. Die Aufteilung dieser Arbeit auf alle durch massive Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn beseitigt Arbeitslosigkeit und schafft Möglichkeit für Erfüllung kultureller und kreativer Bedürfnisse. Kunst ist erst dann unabhängig von Profitinteressen und wirklich frei.

Helga Schröder

Kein Geld für Frauenfußball?

Als erster Traditionsverein, hat der Wiener Sportklub (WSK) seit heuer ein erfolgreiches Frauenfußballteam. Der Aufstieg von der 1.Klasse A in die Wiener Landesliga ist ihnen fast sicher. Der WSK spielt in Wien eine Vorreiterrolle, wenn es um Frauenfußball geht, denn weder Rapid noch die Austria, die wesentlich mehr Geld zur Verfügung hätten, haben Interesse daran.

Das zeigt deutlich, welchen Stellenwert Frauen-

fußball in unserer Gesellschaft hat. Zwar gibt es zunehmend Infrastruktur in Schulen und eine Akademie in St Pölten. Geld verdienen damit aber nicht einmal die Spielerinnen in der österreichischen Bundesliga. Training und Spiele sind neben der Berufstätigkeit ein enormer Aufwand.

Das erfolgreichste Frauenteam Österreichs, den SV Neulengbach, kennt kaum jemand und das Nationalteam ist erfolg-

los. Um das zu ändern braucht es viel mehr als die 200.000 Euro, die das Sportministerium für Frauenfußball ausgibt. Frauenfußball braucht die selbe Förderung wie Männerfußball!

Auch die großen Traditionsvereine müssen sich bewegen. Wenn Rapid oder Austria ein Frauenteam gründen würden, hätte dies Signalwirkung. Dafür braucht es Druck von Fans und fußballbegeisterten Frauen.

Margarita Döller





Schuldenkrise, Bankenkrise, Nullwachstum,...

Zerbricht der Euro?

Ein Krisengipfel jagt den anderen, Rettungspakete werden hektisch verhandelt – doch nichts scheint zu helfen. Die Schuldenkrise Griechenlands ist bei Weitem nicht überwunden. Die Angst in den Zentren der Macht vor einem Domino-Effekt, der auch Portugal, Irland, Spanien

Brutale Angriffe Die sogenannte Troika – bestehend aus EU-Rat, IWF und EZB – zwingt Griechenland immer neue Sparmaßnahmen auf. 20% der öffentlich Bediensteten sollen bis 2014 abgebaut werden, Löhne und Pensionen werden um bis zu einem Drittel gekürzt, gleich-

Lissabon bis Rom: In ganz Europa nehmen scharfe Klassenkämpfe angesichts brutaler Angriffe zu. Die Kürzungen treffen nicht nur die falschen – nämlich nicht die Verursacher, sondern haben die Krise bislang verschärft, anstatt sie zu lösen. Die Wirtschaft in Griechenland

Rettungsschirme Hauptgläubiger Griechenlands sind französische Institute, womit die „Griechenland-Krise“ im Herzen der EU angekommen ist. Französische Banken haben in den letzten Monaten massive Einbußen auf den Aktienmärkten hinnehmen müssen. Einige würden eine Griechenlandpleite nicht überleben – mit unabsehbaren Folgen für das gesamte europäische Bankensystem.

über Null – Tendenz negativ. Der Schuldenschnitt für Griechenland wird die Probleme nicht lösen. Da die Anleihen Griechenlands ohnehin nur mehr 40-50% wert sind, ist er ein gutes Geschäft. Insbesondere wenn es günstiges EU-Geld dafür gibt. Denn durch den Schuldenschnitt steigt der Druck, den Banken „zu helfen“. Dies ginge jedoch nur durch neue Staatsschulden, womit deutlich wird, wie ausweglos die Situation auf kapitalistischer Basis ist.

Alle Maßnahmen der Herrschenden haben die Krise verschärft und die Spielräume werden enger.

und Italien treffen könnte, versetzt die Elite in Panik und führt zu hektischen und widersprüchlichen Aktionen. Griechenland, Portugal, Irland – das wäre für sich genommen noch nicht die finale Katastrophe für Europas Kapital. Aber: Spanien und vor allem Italien – das überlebt der Euro nicht. Der Euro ist jedoch das zentrale Projekt der europäischen Bourgeoisie. Sie wird es mit Zähnen und Klauen verteidigen.

zeitig die Massensteuern massiv angehoben. Privatisierungen tun ihr übriges, die öffentliche Versorgung zusammenbrechen zu lassen. LehrerInnen berichten bereits, dass in ihren Klassen Kinder über Hunger klagen. Die griechische ArbeiterInnenbewegung bekämpft diese Angriffe mit Massendemonstrationen und Generalstreiks – den größten seit dem Ende der Diktatur. Von Madrid über

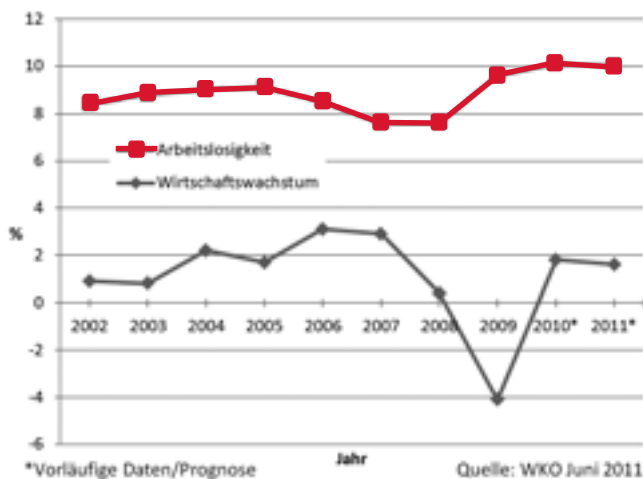
schrumpft zum zweiten Mal hintereinander um mehr als 5%, die Schulden werden mehr, nicht weniger. Die Pleite wird täglich wahrscheinlicher.

Euro am Ende? Es ist kaum vorstellbar, dass Griechenland pleite geht und dennoch im Euro bleibt. Wenn Griechenland diesen Weg geht, warum dann nicht auch andere? Das Ende des Euros in der jetzigen Form: Eine Frage der Zeit.

Mit zunehmender Nervosität suchen Europas KapitalistInnen Wege aus der tiefsten Krise seit den 1930ern. Die Staatsschulden – Auslöser der aktuellen Verwerfungen – sollen durch radikale Sparpolitik eingedämmt werden. Das jedoch schlägt sofort auf den wichtigsten Konjunkturfaktor – den privaten Konsum – durch. Das Resultat: Das Wachstum in der Eurozone hat sich scharf eingebremst und liegt nur noch knapp

Nur die ArbeiterInnenklasse kann das Nicht-Bezahlen von Schulden durchsetzen, die Kontrolle über die Wirtschaft übernehmen und einen Ausweg aus der kapitalistischen Abwärts Spirale erkämpfen. Dazu wird sie Organisationen entwickeln müssen, die dieser Aufgabe gewachsen sind.

Harald Mahrer

Wirtschaftswachstum und Arbeitslosigkeit in der Eurozone

Zahlen & Fakten zum Sozialabbau in Europa

➤ Jugendarbeitslosigkeit:

Europaweit 20%, Spanien 50%, Griechenland 25,9%, Irland 28%. Die OECD schätzt, dass in den Industrieländern offiziell 40 Millionen Menschen arbeitslos sind – das ist seit Beginn der Krise 2007/8 fast eine Verdoppelung.

➤ Griechenland:

Kürzungspaket um 4,8 Mrd. Euro. Insgesamt machen Kürzungen und Steuererhöhungen 14% des Netto-Durchschnittseinkommens von ArbeiterInnen aus. Bis zu 250.000 Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst sollen gestrichen, die Gehälter um bis zu 30% gekürzt werden. 2010 wurden die Pensionen – auch jene unter 800 Euro im Monat – eingefroren.

➤ Zum Vergleich: EinE

griechischeR ParlamentarierIn verdient im Monat 8.594 Euro.

➤ Irland:

2012 sollen 3,6 Mrd. gekürzt werden – vor allem im Sozialbereich und durch Stellenabbau im öffentlichen Dienst. Die Einführung der sog. Housing-charges soll für 86% der Haushalte eine Belastung von 700–800 Euro ab 2014 bringen.

➤ **Italien:** Kürzungspaket von 45,5 Mrd. Euro (Quelle: Handelsblatt, 26.10.11), 2012 sollen es 20 Mrd. sein, 2013

25,5 Mrd. Das Paket beinhaltet auch Änderungen im Arbeitsgesetz und eine Aufweichung des Kündigungsschutzes, Kürzungen im Bildungswesen, Privatisierungen von Wasser und Stromversorgung sowie Gehaltskürzungen im öffentlichen Dienst.

➤ **Britannien:** Kürzungen um 81 Milliarden Pfund (93 Milliarden Euro) in vier Jahren. 500.000 Jobs im öffentlichen Dienst sollen gestrichen werden, davon sind 250.000 bereits weg. Das Pensionsalter im öffentlichen Dienst soll von 60 auf 66 Jahre angehoben werden, die Beiträge zur Pensionskasse erhöht und die Leistungen gekürzt werden. Büchereien und Schwimmbäder müssen renoviert, die Kulturförderung geht massiv zurück. Gleichzeitig müssen Unternehmen weniger Steuern zahlen.

➤ **Spanien:** Defizit soll 2012 von 9% auf 6% gedrückt werden. Besonders hart betroffen sind Bildungs- und Gesundheitsbereich. Bereits davor wurden die Pensionen eingefroren, das Pensionsalter von 65 auf 67 Jahre erhöht, Entlassungen gesetzlich vereinfacht.

Europa am Ende?

Spätestens seit August ist klar, dass die weltweite Wirtschaftskrise, die 2007 mit dem Platzen der US-Immobilienblase begann, nie überstanden war. Im Gegenteil, die nächste Krise steht schon vor der Tür. Auch Europa scheint sich nicht und nicht zu erho-

Doch die EU war und ist ein Schönwetterprojekt des Kapitals, das solange einigermaßen funktionierte, solange die Wirtschaft wuchs. Mit Einsetzen einer fundamentalen Krise, deren Ende nicht abzusehen ist, treten aber die inneren Widersprüche

lung des Staatenbunds EU phantasiert. Schnell stellte sich aber heraus, dass das im Kapitalismus nicht möglich ist, da das Kapital den Nationalstaat gerade in Krisenzeiten als seine Interessensvertretung nützt. Auch „multinationale Konzerne“ haben ihre Wurzeln meist nach wie vor in einem Nationalstaat. In Krisenzeiten brechen die Widersprüche offen auf, führen zu Konflikten und nationale Interessen werden immer dominanter.

Egal wie die „Lösungen“ von Politik & Wirtschaft aussehen: Die ArbeiterInnen sollen zahlen.

len. In Griechenland, Spanien und anderen Ländern gehen immer mehr Menschen auf die Straße um sich gegen die brutale Kürzungspolitik zu wehren.

Die EU ist eine Wirtschaftsunion, die zur Umsetzung der Profitinteressen des europäischen Kapitals dient. Für EU und Euro gab es mehrere Gründe. Zentral war die Idee eines starken europäischen Wirtschaftsblocks gegen die großen Wirtschaftsblöcke USA und Asien. Die EU ist aber auch ein Instrument gegen die europäische ArbeiterInnenklasse um Sparmaßnahmen besser durchzusetzen, und ArbeiterInnen verschiedener Länder gegeneinander ausspielen. Frankreich erhoffte sich eine stärkere Position gegen das wirtschaftlich starke (wiedervereinigte) Deutschland und beide profitierten von der gemeinsamen Währung. Denn diese verhinderte, dass sich schwächere Länder (wie z.B. Griechenland) durch Abwertung einen Exportvorteil verschaffen konnten.

wieder offen zu Tage. Daraus ergibt sich seit 2007 eine Serie – durchaus widersprüchlicher – Maßnahmen, die offensichtlich die Probleme nicht lösen: Hilfskredite, Rettungsschirm, Schuldenstreichung, Sparmaßnahmen, Bankenrettungen. Manche setzen auf neue Kredite, manche auf die EZB, andere auf die großen Privatbanken. Die jüngste Schuldenstreichung für Griechenland bietet vielleicht eine Verschnaufpause – lösen wird sie nichts.

Die EU konnte die nationalen Widersprüche des Kapitals nie überwinden. Wir haben von Anfang an analysiert, dass eine gemeinsame Währung in einem kapitalistischen Europa auf Dauer nicht funktioniert. In den 1990 Jahren gab es v.a. von der Sozialdemokratie große Illusionen in die EU. Sie wurde als Friedensprojekt und Sozialunion verkauft. Es wurde über einen Bundesstaat als Weiterentwick-

Die Politik und damit die herrschende Klasse sind zurzeit hin und hergerissen. Die EU ist ein wichtiges Mittel um rigorose Sparmaßnahmen auf Kosten der Bevölkerung durchzusetzen und gleichzeitig, um sich nach außen hin in der Weltwirtschaft zu behaupten. Ein Scheitern wäre teuer. Andererseits gibt es einen enormen Druck aus den Nationalstaaten, das jeweils eigene Kapital zu stützen und ihm Vorteile zu verschaffen. Jede Maßnahme führt zu neuen Problemen. Sie müssen Griechenland, Irland etc. retten um Schlimmeres zu verhindern. Andererseits können sie sich das nicht leisten und wissen, dass dann die nächsten Staaten folgen (Spanien, Portugal, Italien...) und dass das „zu viel“ wird.

Beim EU-Gipfel am 26.10. einigten sie sich auf eine Ausweitung des Rettungsschirms auf eine Billion Euro, damit Spanien und Italien auch darunter Platz finden, sowie zur Schuldenstreichung



von 50% bei Griechenland. Woher das Geld für den Rettungsschirm kommen soll, ist noch unklar, vorgeschlagen sind private Investoren – und die wollen daran verdienen. Ähnlich bei der Schuldentreibung: um die Ausfälle für die Banken nicht

können nur durch einen Mehrheitsbeschluss aufgehoben werden. Länder, die schon verwarnt wurden, oder ebenfalls Strafzahlungen leisten müssen, sind nicht stimmberechtigt. Außerdem wurde eine intensivere Überwachung der Staatshaus-

rungen, die sich aus echten Parteien der ArbeiterInnenklasse zusammensetzen können sich weigern, die Schulden zu bezahlen statt einer Schulden"streichung" zuzustimmen, die nur wieder von der ArbeiterInnenklasse zu zahlen ist. Notwendig sind Investitionen im Sozialbereich, in der Bildung und im Gesundheitssystem, um entschieden gegen die wachsende Armut und Arbeitslosigkeit in Europa vorzugehen. In den letzten Jahren wurden einige Banken notverstaatlicht bzw. mit staatlichem Geld aufgepäppelt – um dann weiter zu machen wie bisher. Wir sind für eine ganz andere Verstaatlichung des Bankensektors. Und zwar unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung durch die arbeitende Bevölkerung und die Gewerkschaften. Nur so kann sichergestellt werden, dass die Ersparnisse der ArbeiterInnen auch ausgezahlt werden können und nicht nur neue Spekulationsblasen entstehen. Ein solches Programm stellt die kapitalistische Logik in Frage. Und es steht im Widerspruch zu nationalistischen Konzepten der Rechten (und auch mancher Linken). Denn nur in einem freiwilligen und wirklich demokratischen Zusammenschluss von sozialistischen Staaten in Europa ist ein Europa für die Bedürfnisse aller, und nicht für die Profite einiger Weniger, möglich.

Lisa Wawra

Die Bewegungen gegen die derzeitige Krise brauchen ein sozialistisches Programm.

zu schmerzhaft werden zu lassen, wird auch hier Geld fließen. Versuche, die Schuld an der Misere gänzlich den Finanzmärkten zuzuschreiben, zeigen die Ohnmacht der Politik gegenüber der Wirtschaft. Die Finanzmärkte sind kein Parasit am Kapitalismus, sondern ein integraler Bestandteil dieses Systems. Bezahlen soll alle Maßnahmen auch wieder in der einen oder anderen Form die ArbeiterInnenklasse. Doch selbst bürgerliche Wirtschafts-expertInnen halten diese Maßnahmen für nicht weitreichend genug. Die Angriffe werden also weiter gehen.

Die EU wird immer undemokratischer. Die EU war immer schon undemokratisch doch mit dem EU-„Sixpack“ wird das massiv verschärft. Es verleiht der Europäischen Kommission noch mehr Macht und stärkt die starken Staaten weiter. Sanktions- oder Disziplinierungsmaßnahmen gelten von vornherein als beschlossen, und

halte beschlossen. Ziel ist die Umsetzung rigoroser Sparmaßnahmen gegen die Bevölkerung, ohne dass nationale Regierungen unter dem Druck von Massenprotesten „in die Knie“ gehen.

Der Kapitalismus hat keine echten Lösungen. Aktuell gibt es Massenbewegungen in ganz Europa. ArbeiterInnen und Jugendliche sind zu Recht unzufrieden mit dem System. Viele wollen, dass endlich die Wirtschaft und Gesellschaft für uns 99% da ist und nicht für das 1% KapitalistInnen. In diesen Bewegungen entstehen neue Organisationsformen und in Zukunft auch neue ArbeiterInnenparteien. Es gibt Diskussionen über das „wie weiter“, über Alternativen zum Kapitalismus, über ein System, das sich an den Bedürfnissen der 99% orientiert, nicht an Profiten. Geld für Soziales und Bildung wird es nur geben, wenn die Massenbewegungen und ihre neuen Organisationen es erkämpfen. Neue Regie-

Marx aktuell

„Wodurch überwindet die Bourgeoisie die Krisen? Einerseits durch die erzwungene Vernichtung einer Masse von Produktivkräften; andererseits durch die Eroberung neuer Märkte und die gründlichere Ausbeutung alter Märkte. Wodurch also? Dadurch, dass sie allseitigere und gewaltigere Krisen vorbereitet und die Mittel, den Krisen vorzubeugen, vermindert.“ Aus: Marx/Engels: Manifest der Kommunistischen Partei, 1847/48.

Was Marx und Engels vor 164 Jahren analysierten, trifft nach wie vor zu. Die systemimmanenten Widersprüche führen im Kapitalismus immer wieder zu Krisen. Krisen entstehen nicht aus „falscher“ Wirtschaftspolitik, oder weil manche „faul“ sind und andere „fleißig“. Krisen sind untrennbar mit dem System verknüpft, ein Bestandteil der „freien Markt-

Einen Kapitalismus ohne Krisen gibt es nicht

wirtschaft“. Im Kapitalismus kommt es nicht wegen eines Mangels an Gütern, sondern durch deren Überfluss zu Krisen. In der EU werden Nahrungsmittel weggeworfen, weil Menschen sie sich nicht leisten können. Unternehmen zahlen den Beschäftigten nur einen Teil der von ihnen geschaffenen Werte ein (sie behalten den „Mehrwert“). Der kollektiven Produktion der Mehrheit der Menschen steht die private Aneignung des Reichtums durch einige wenige gegenüber. Doch jene, die die Waren produzieren, können sich diese nicht mehr leisten, es entsteht eine „Unterkonsumtion“ oder „Überproduktion“.

Die KapitalistInnen selbst sind also auf den Konsum der ArbeiterInnen angewiesen, versuchen aber denselben immer weniger Lohn zu zahlen um billiger zu produzieren als die Konkurrenz. In einer sozialistischen Gesellschaft wird die Produktion international, gesamtgesellschaftlich geplant. Im Kapitalismus steht der Planung in einem einzelnen Betrieb das Chaos des Marktes gegenüber.

Ein weiteres Problem entsteht, weil immer mehr Menschen durch Maschinen ersetzt werden. Das Sparen von menschlicher Arbeit schadet aber im Kapitalismus, weil dadurch die Profitrate, also die Rentabilität des eingesetzten Kapitals sinkt!

Um diesen Widersprüchen entgegenzuwirken, versuchen die KapitalistInnen neue Märkte zu erschließen bzw. bestehende effektiver auszubeuten. Das funktioniert für den einzelnen Kapitalisten vorübergehend, in Summe ändert es nichts, weil nur die Profite zwischen den KapitalistInnen neu verteilt werden.

Auch wird versucht Kapital zu vernichten (durch die Zerstörung von Fabriken und Maschinen z.B. in Kriegen). Oder sich in Spekulationen zu flüchten (auch nur eine Umverteilung der Profite unter den KapitalistInnen). Letztendlich wird noch versucht, der Krise mit Hilfspaketen beizukommen (mit saftigen Finanzspritzen werden Banken und Unternehmen vor Konkurs bewahrt). Damit werden allerdings bestenfalls Symptome, nicht Ursachen bekämpft. Die Krise kann damit also nur hinausgeschoben werden, nicht verhindert!

Um die Menschen zu beruhigen haben die Herrschenden Europas und der restlichen Welt immer wieder versucht die Weltwirtschaftskrise als „überstanden“ herunterzuspielen. Das ist eine Lüge. Es kommt vielmehr zu einem „Double Dip“, einem zweiten Eintauchen in die Rezession. Doch Schuld an der Krise sind nicht etwaige „faule Pleitegriechen“ sondern das kapitalistische System!

Moritz Erkl



Eine „nationale“ Lösung für eine internationale Krise?

Gegen die dramatischen Angriffe in Griechenland hat sich eine Bewegung formiert, die mit Generalstreiks versucht, die sozialen Rechte der Bevölkerung zu verteidigen. Bis jetzt war es aber noch nicht möglich, die An-

schaftskrise. Die EU ist ein Ausdruck (!) der wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zwischen den KapitalistInnen Europas.

Die aktuelle Politik der EU, vor allem Frankreichs und Deutschlands, drückt

Ein Austritt aus der EU würde die bestehenden Macht- und Abhängigkeitsverhältnisse nicht beenden. Ausstehende Kredite und Zinsen würden bestehen bleiben. Die Abschaffung des Euro und eine Wiedereinführung der Drachme

ebenso an den Kürzungen beteiligt sind wie „ausländische“.

Spielräume? Zweifelsohne gibt es jedoch auf nationaler Ebene gewisse Spielräume. Selbst kapitalistische Regierungen, wie die rechtsextreme Regierung Orban in Ungarn, können in Frontstellung gegenüber europäischen Banken gehen. Das bedeutet allerdings nicht, dass die Regierung Orban fortschrittlich wäre oder die sozialen Interessen der ArbeiterInnen vertreten würde – ganz aktuell gibt es brutale Angriffe auf die ArbeiterInnenklasse und Rassismus. Orban setzt nur auf andere Fraktionen des Kapitals, nämlich vor allem ungarische Konzerne, die weniger enge Beziehungen zur EU haben. Außerdem erhielt Ungarn Milliardenkredite aus China und ist damit von chinesischem Kapital abhängig. In der Situation einer verschärften Krise und zunehmender Staatsschulden ist die „nationale“ Regierung Ungarns in einer ähnlichen Lage wie aktuell die griechische. Ebenso wie diese wird sie die Krisenkosten gnadenlos auf die Bevölkerung abwälzen. Je

schärfer die ökonomische Krise und damit die finanzielle Abhängigkeit und Erpressbarkeit, desto geringer wird auch der mögliche Rahmen für sozialere „nationale“ Maßnahmen.

Eine wirklich sozialistische Regierung in Griechenland könnte sich sehr wohl weigern die Schulden zu bezahlen und die Banken und wichtigsten Industriebetriebe verstaatlichen und demokratisieren. Das würde jedoch auf einen Bruch mit dem Kapitalismus hinauslaufen und ein internationalistisches, sozialistisches Programm brauchen. Derartige Programme im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung durchzusetzen würde Massenmobilisierungen verlangen – und zwar international. Der Slogan „Wir zahlen nicht!“ könnte dann den Kern einer internationalen revolutionären Bewegung darstellen. Genau das gilt es auch der EU entgegenzusetzen: Kein Zurück zur Illusion des gemächlichen Nationalstaats, sondern internationalen Kampf für die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa.

Jan Rybak

Angesichts der Massenbewegungen in Griechenland fordern manche Linke den EU-Austritt.

griffe zurückzuschlagen. Das hat mehrere Gründe. 1. Sind die Ausmaße der Schuldenkrise derart dramatisch, dass sich weder griechisches noch europäisches Kapital und Regierungen Zugeständnisse leisten können. 2. Zeichnet sich die Führung der Bewegung in Griechenland v.a. durch Plan- und Strategielosigkeit aus. Die stärkste linke Kraft in Griechenland, die griechische Kommunistische Partei (KKE), versucht diesen Mangel durch nationale Lösungen zu kompensieren. „Raus aus Eurozone und EU“ wird als Lösung angeboten.

Dabei verkennen die KKE und alle anderen, die an nationale Lösungen glauben, den Hintergrund der EU und der Wirt-

die ökonomischen Interessen des europäischen Kapitals aus. Die EU ist ein Instrument und nicht ursprünglich für die wirtschaftliche Krise verantwortlich. Die SLP war gegen den Beitritt Österreichs zur EU. Nicht wegen „patriotischer“ Überlegungen sondern weil die EU als Rammbock gegen die Interessen der ArbeiterInnenklasse eingesetzt wird. Das Diktat der Troika (EU, IWF, Weltbank) setzt auf brutalste Weise die Agenda der Herrschenden um. Dabei wird der autonome Spielraum der griechischen Regierung eingeengt. Doch eine bürgerliche griechische Regierung wäre in ihren Maßnahmen kein bisschen sozialer oder gerechter als das Diktat aus Brüssel.

würden massive Abwertungen und Verlust des Lebensstandards der Bevölkerung zur Folge haben. Auf Basis des Kapitalismus gibt es für die griechische Bevölkerung nur das Diktat von Pest oder Cholera. Die Verlagerung der aktuellen Debatte auf die Frage der EU, anstatt die Systemfrage zu stellen, bedeutet eine Verschleierung der Grundlagen des Problems. Was bleibt ist Symptombehandlung. „Patriotismus“ als Kategorie, ob eine Maßnahme zu unterstützen ist oder nicht, ignoriert die bestehende Spaltung zwischen „Unten“ und „Oben“ innerhalb der Gesellschaft. Das phantasiert eine „nationale Einheit“ herbei, die negiert, dass „nationale“ KapitalistInnen

Waldorfschule ist reaktionär!

Viele Eltern meinen, ihren Kindern etwas Gutes zu tun, wenn sie diese in Waldorfschulen schicken. Die Schulen wirken fortschrittlich, weil keine Noten, mehr Praxisbezug im Unterricht, kein DirektorIn. Die SchülerInnen lernen offener und spielerischer als in staatlichen Schulen.

Tatsächlich handelt es sich bei dieser Alternativschule keineswegs um etwas Fortschrittliches. Ein Großteil der Eltern und Kinder wissen nichts über die Ideen Rudolph Steiners. Seiner antroposophischen Waldorfschule liegt ein religiöses, esoterisches Weltbild und ein rassistisches Konzept zu Grunde. Steiner schreibt in „Über das Wesen des Christentums“: „Die weiße Rasse ist die zukünftige, ist die am Geiste schaffende Rasse“, während Schwarze „alles Licht und alle Wärme vom Weltraum aufsaugen und im Hinterhirn und Rückenmark verarbeiten“. Solche Zitate werden von Anthroposophen verharmlosend als „Ausrutscher“ bezeichnet.

Die anthroposophischen Lehren sind eher heimlicher Lehrplan und nicht immer offensichtlich. Aber auch wenn Teile der Steinerlehre nicht mehr Schulgegenstände sind, ist die Weltanschauung

Steiners ein wichtiger Bestandteil der Waldorfpädagogik. Nicht Naturwissenschaft liegen ihr zugrunde, sondern Esoterik, Mythen, Feen und Geister. Der Unterricht ist sehr konservativ und sogar autoritär. Jazz, Rock und Pop-Musik gelten in der Schule als „entartete“ Musik. Fußballspielen in den Pausen und zur Erfrischung ein Cola? Verboten! Es gibt kaum Lehrbücher und keinerlei moderne Medien. So werden die Aussagen von LehrerInnen schwer überprüfbar. Klassenstärken von bis zu 40 machen das Unterrichten für LehrerInnen noch schwieriger als an staatlichen Schulen. Dass die Zahl von Gewalttaten an Waldorfschulen niedriger ist als an öffentlichen Schulen, liegt nicht an den Lehren Steiners – die meisten Kinder kommen einfach aus sozial besser abgesicherten Familien.

Was bleibt also an Positivem? Dass der Unterricht etwas praxisbezogener ist? Das bisschen mehr Werken? Die bürgerlich-staatliche Schule sei hier kein bisschen zu verteidigen aber die Waldorfschule ist keine Alternative! Es gilt für eine demokratische, klar antirassistische und kostenlose Schulbildung für alle zu kämpfen!

Yanna Ndiaye



Antifaschist hinter Gittern?

Tilman M. Ruster demonstrierte am 28. 1. 2011 mit Hunderten anderen gegen den „WKR-Ball“, einen

von beiden Seiten, um uns einzukesseln. Ich versuchte, durch Flucht in ein Lokal zu entkommen.

strafe: „Aggressives Verhalten gegenüber einem Beamten“; also Demorufe, rumfuchteln und so.

Die Proteste gegen rechte Burschenschaftler wurden von der Polizei brutal angegriffen.

Ball rechtsextremer Burschenschaftler.

Vorwärts: Du wurdest auf dieser Demo verhaftet?

Till: Ja, wir demonstrierten Richtung Innenstadt. Wir wollten zeigen, wie gefährlich der WKR-Ball als Verbindung von Nazis und Rechtspopulisten in ganz Europa ist. Plötzlich kamen hunderte PolizistInnen in voller Rüstung

Ich wurde brutal daran gehindert, auf den Boden geworfen und drei Polizisten knieten auf mir.

Vorwärts: Du hast nun ein Strafverfahren, dir drohen bis zu 6 Monate Haft?!

Till: Mir wird „tätlicher Angriff auf einen Beamten“ vorgeworfen. Ich soll ihn gestoßen haben. Werde ich freigesprochen, greift die Verwaltungs-

Es geht darum, mich einzuschüchtern und von der politischen Arbeit abzuhalten. Dass es mich erwischt hat ist Zufall: Gemeint sind wir alle!

Till hat die Tat nicht begangen und daher das zynische Diversionsangebot von 40 Stunden gemeinnütziger Arbeit abgelehnt. Doch so ein Verfahren kostet. Verfahrenshilfe wurde ihm verweigert. Schon 30 Minuten Prozess kosten ca. € 400,- Spenden Sie bitte auf Kto. PSK 8812.733 - Kennwort "Till"



Gegen Sexismus und Kapital, Männer und Frauen – überall!

Am Samstag, den 22. Oktober fand der erste Wiener Slutwalk statt. Es waren circa 600 Menschen da um zu betonen, dass Frauen sich kleiden können, wie sie wollen und das kein Freibrief für Belästigung ist – mehr als erwartet. Organisationen waren kaum vertreten und hatten kaum mobilisiert. Viele TeilnehmerInnen waren von außerhalb der linken Szene da, wie Daniela. „Während dem Walk ist mir aufgefallen, dass es eigentlich

egal ist, was du anhast. Die Kleidung sagt nicht aus, wer du bist, du musst dich nicht unterordnen.“

Auf der lebendigen Demo wurde mit „Gegen Macker und Sexisten, fight the power, fight the system“ auch der Zusammenhang von Sexismus und Systemfrage angesprochen. Der SLP-Block ergänzte die Notwendigkeit des gemeinsamen Kampfes gegen Sexismus UND Kapitalismus.

Sedef Yavuz

Fundstück des Monats



„Wenn ich könnte, wie ich wollte...“ dachte sich wohl dieser Parteitagdelegierte der britischen Konservativen („Torys“), als er so tat als bräue er auf die TeilnehmerInnen einer friedlichen Demo. Diese richtete sich gegen die Kürzungspolitik seiner Partei. Er beweist damit wieder einmal, wie wenig die Mächtigen von Demokratie halten...



We are the 99%!

„We are the 99%“ – dieser Slogan drückt das Gefühl von Millionen auf der ganzen Welt aus: Dass das reichste 1% die Gesellschaft kontrolliert und der Rest durch die Finger schaut. Innerhalb kürzester Zeit hat sich „Occupy Wall Street“ in über

Die Wut entlädt sich besonders gegen die Banken und Wall Street. Ihre Wurzeln liegen aber tiefer – die Krise hat 2008/9 schon ArbeiterInnen und Jugendliche heftig getroffen. Nun bereiten Obama und der Kongress immense Kürzungen vor. Die Po-

ke Park am 15.10. ein kleiner Sieg der Bewegung errungen. Der Bürgermeister der Demokratischen Partei setzte ihr ein Ultimatum, den Platz zu räumen, mit dem Vorschlag ihre Zelte im Rathaus aufzuschlagen. Sein Ziel war, die Bewegung gespalten.

Sozialkürzungen; Für die Schaffung von ausreichend Arbeitsplätzen; Massive Besteuerung der Reichen und des Big Business; Weg mit dem Militärbudget; Für die Verteidigung von demokratischen und Gewerkschaftsrechten. In Griechenland haben die Versammlungen durch Druck auf die Gewerkschaften zu 48-stündigen Generalstreiks geführt. Wenn die „Assemblies“ die Gewerkschaften zu Widerstand gegen Obamas Sparpaket aufrufen, zu Massenmobilisierungen und Streikaktionen, könnte das nicht nur die Bewegung ausweiten, sondern auch die geplanten Kürzungen stoppen. Was wenn die Bewegung dazu aufrufe, die lokalen Büros der Kongressabgeordneten zu besetzen?

Big Business stehen – denn sie sind es, die diese Kürzungen mitzuverantworten haben. Das würde es den Demokraten schwerer machen, die Bewegung für ihre Wahlkampagne zu missbrauchen. Auf Basis einer Bewegung gegen die Kürzungen könnte auch die Frage einer politischen Alternative für die Wahl 2012 durch z.B. KandidatInnen, die gegen die Kürzungen auftreten, auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Die Wut der ArbeiterInnen und Jugendlichen in den USA beginnt, wie auch auf der ganzen Welt, sich gegen das System Kapitalismus zu richten. Wir erklären aber auch, dass es nicht reicht, die Finanzmärkte zu regulieren oder „Robin-Hood-Steuern“ zu fordern – wir brauchen eine Sozialistische Alternative zur Katastrophe Kapitalismus. Dafür müssen die Banken und Big Business in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle der ArbeiterInnenklasse gebracht werden.

Ty Moore, Minneapolis
Socialist Alternative

Mehr Information über die das CWI in den USA:
www.socialistalternative.org

Die „Occupy“-Bewegung ist ein Vorgeschmack auf turbulente Zeiten

100 Städten in den USA ausgebreitet, in weiteren 1000 sind Besetzungen oder Solidaritätsaktionen geplant.

Die Bewegung drückt die immense Wut der ArbeiterInnen und Jugendlichen in den USA über die Auswirkungen der Krise aus. Die Radikalisierung im „Herzen der Bestie“ hat mit der Bewegung in Wisconsin im Frühjahr begonnen, inspiriert vom arabischen Frühling. Die Assambleas in Spanien und die Besetzungen in Griechenland sind ebenfalls Bezugspunkt für die „Occupy“-AktivistInnen. Mit den Protesten am 15. Oktober hat die Bewegung endgültig internationale Dimension bekommen.

lizeirepression gegen die AktivistInnen heizt die Stimmung zusätzlich an. Teile der Gewerkschaften haben die Demonstrationen in New York unterstützt. Der Bedeutung und der Einfluss der Bewegung ist so groß, dass auch Obama die Bewegung umgarnt, um die Energie der AktivistInnen in Richtung Wahlen für die Demokraten umzulenken.

Socialist Alternative (CWI in den USA) ist in New York, Minneapolis, Seattle u.a. Städten Teil der Bewegung. Wir sind mit aller Energie an der Mobilisierung beteiligt, machen Vorschläge, was die Bewegung weiter bringen könnte etc. In Seattle wurde durch die erneute Besetzung des Westla-

Socialist Alternative hat gemeinsam mit den entschlossensten Teilen der Bewegung zu einer „Nacht der 500 Zelte“ mobilisiert, um Westlake Park erneut zu besetzen – und das auch erfolgreich getan. Ein weiterer Höhepunkt der Bewegung in Seattle findet am 29.10. statt – die Besetzung wird ins Seattle Central Community College (SCCC) verlegt, wo sich Studierende gegen Studiengebühren und Kürzungen wehren.

Socialist Alternative argumentiert, dass es nötig ist, die Bewegung in Schulen, Universitäten, Nachbarschaften und Betriebe zu tragen. Ein nächster wichtiger Schritt wären Massendemonstrationen an den Wochenenden für folgende Forderungen: Nein zu

In der Woche von 16.-23. November findet eine „Jobs statt Kürzungen“-Aktionswoche statt, zu der u.a. Noam Chomsky, Teile der Gewerkschaften, Nachbarschaftsorganisationen und Socialist Alternative aufrufen. Wir schlagen den Assemblies vor, diese Aktionswoche zu unterstützen. Durch die Verbindung dieser beiden Bewegungen wird auch deutlicher, dass die Demokraten auf der Seite von

Libyen: Was kommt nach Gaddafi?

Nach acht Monaten Kampf und mit tatkräftiger Hilfe durch NATO-Bombardements konnten die Rebellen das Gaddafi-Regime stürzen. Libyen feiert – doch was kommt danach?

Klar ist, dass sich Frankreich, Großbritannien und die USA, ökonomische Gegenleistungen – die Nutzung der immensen Öl- und Gasvorkommen – von den neuen Machthabern erwarten. Denn sie hatten vor allem die NATO-Bombardements „zum Schutz der Zivilbevölkerung“ (die in Wirklichkeit tausenden das Leben kosteten) betrieben. Trotz humanistischer Rhetorik – dem Westen geht es um die größten Ölvorkommen Afrikas. Durch die NATO-Intervention wurde die libysche Revolution in Abhängigkeit zum Westen gedrängt. Der Übergangsrat sicherte zu, bei der Vergabe der Ölkonzessionen „jene Länder zu bevorzugen, die uns Unterstützung erwiesen haben.“ Frankreich sicherte sich 35% der Produktion.

Unklar ist, ob der Übergangsrat im ganzen Land anerkannt wird. Nicht wenige Repräsentanten (auch der Vorsitzende Jibril) bekleideten unter Gaddafi Funktionen im Staatsapparat und gelten daher vielen als Abkömmlinge des alten Regimes. Und das Volk steht unter Waffen, es gibt

jedoch kaum zentrale Befehlsgewalt. Hatten die lokalen Clans schon zu Zeiten Gaddafis große Macht, so könnten die zentrifugalen Kräfte unter einer schwachen Zentralregierung zunehmen und zu einer Situation wie im Irak oder in Afghanistan führen. Darum strebt der „Übergangsrat“ die rasche Entwaffnung der Bevölkerung an und warnt vor Chaos.

Unter Gaddafi wurde ein Teil der Ölgewinne für das Gesundheits- und Sozialsystem verwendet. Die Arbeitslosigkeit brach jedoch mit über 30% selbst regionale Rekorde. Die Jugend des Landes erhob sich gegen Armut, Diktatur und die alles vergiftende Korruption. 30 % der 6,5 Mio. LibyerInnen sind unter 15 Jahren, es gibt nahezu ein Viertel-Million Studierende und OberschülerInnen. Damit das Land nicht in Chaos versinkt und zum neokolonialen Öl- und Gaslieferanten an den Westen verkommt, werden diese Kräfte, die die Demokratiebewegung begründeten – zusammen mit den ArbeiterInnen, die sich bisher mit ihren Forderungen noch nicht eingebracht haben – mit neuer Kraft wieder die politische Bühne betreten und für ihre Rechte und Anliegen kämpfen müssen.

Gerhard Ziegler



Keine Wahl in Spanien

Wirtschaftskrise, hohe Arbeitslosenzahlen (offiziell 20%) und grausame Kürzungen im Bildungs-, Sozial-, und Pensionssystem. Auf der anderen

können durch diese Wahlen nicht erfüllt werden. PSOE und PP (Konservative) sowie die Grünen stehen für Kürzungen. Die IU (Vereinigte Linke) trägt

schafterInnen, die IU Basis etc. vereint und dessen VertreterInnen jederzeit an/abwählbar sind. Zentral ist jedoch, die Bewegung auszuweiten.

Die Neuwahlen sind ein Ablenkungsmanöver, um die Bewegung der „Empörten“ zu schwächen.

Seite die Bewegung der Indignados (Unzufriedenen), die seit Mai erbitterten Widerstand leistet. Am 15.10. demonstrieren wieder 500.000 Indignados, gegen Kürzungen und für die Überwindung des Kapitalismus. Vor diesem Hintergrund rief die PSOE (Sozialdemokratie) zu Neuwahlen am 22. November auf. Die antikapitalistischen Forderungen der Bewegung

die Kürzungen in Koalitionen auf regionaler Basis mit und vertritt die Bewegung nicht. Die Regierung rief Neuwahlen aus, um die Bewegung auf die Wahlebene zu leiten und ihr den Wind aus den Segeln zu nehmen. Socialismo Revolucionario (CWI in Spanien) schlägt die Bildung eines breiten antikapitalistischen Bündnisses vor, das Jugendliche, ArbeiterInnen, Gewerk-

Asambleas vernetzen Es gibt unzählige „Asambleas“, regionale Komitees, in denen die AnwohnerInnen über Möglichkeiten des Widerstands diskutieren. Wenn sie sich demokratisch vernetzen und sich auf ein sozialistisches Programm einigen wird das wichtiger für den Erfolg der Bewegung sein als Ergebnisse einer Wahl, bei der keine (Aus-)Wahl besteht. Lukas Kastner

Kasachstan: Solidarität mit den ÖlarbeiterInnen!

Das CWI organisiert internationale Solidarität gegen die Repression des Regimes und für den ÖlarbeiterInnenstreik in Kasachstan, der sich gegen die unmenschlichen Arbeitsverhältnisse und das diktatorische Regime richtet. So haben AktivistInnen beim Fußballmatch Belgien : Kasachstan in Brüssel Solidaritätstransparente im Stadium aufgehängt und Flugblätter verteilt. Der kasachische Botschafter war „zutiefst empört“ –

Für die AktivistInnen gab es Stadionverbot und hohe Geldstrafen! Außerdem organisierte der EU-Parlamentarier Paul Murphy (CWI-Irland) ein Anhörung mit Anführern der Gewerkschaft und Opposition aus Kasachstan. Auch in Schweden gab es ein Treffen mit den Streikführer und schwedischen GewerkschafterInnen, die Unterstützung zusagten.

www.socialistworld.net
www.socialismkz.info

Occupy: Weltweit gegen den Kapitalismus

Auch in Seattle, Stockholm und Melbourne entstanden Besetzungsbewegungen. Doch die Besetzungen sind mit massiven Angriffen der Polizei konfrontiert. In Melbourne kam es am 21.10. zu einer gewalttätigen Zerschlagung durch die Polizei. In Oakland gab es am 26.10. Schwerverletzte nach Polizeiangriffen. Doch die Bewegungen halten durch und organisieren sich immer besser. Mitglieder des CWI spielen in vielen Län-

dern ein wichtige Rolle. Immer mehr stimmen unserem Ruf nach einer sozialistischen Gesellschaft zu. Durch die Erfolge unserer Methoden werden sozialistische Ideen bekannter. In Schweden betonen AktivistInnen des CWI die Notwendigkeit von gewerkschaftlichen Aktionen und werden in den Medien zitiert.

www.socialistpartyaustralia.org
www.socialisterna.org
www.socialistalternative.org

Taiwan: Hochhaus besetzt

In Tapei fand am 15.10. im Rahmen des internationalen Aktionstages eine große Demonstration statt, die in einer medienwirksamen Besetzung des größten Wolkenkratzers von Taiwan mündete. Die Stimmung der TeilnehmerInnen, darunter CWI-Mitglieder, war sehr kämpferisch. Es wurden antikapitalistische und sozialistische Parolen gerufen. Dank Medienpräsenz stieg die Bekanntheit des CWI.

socialisttw.blogspot.com

Der Kapitalismus ist real und kann nur durch eine reale und demokratische Bewegung gestürzt werden.

Kommen anonyme Piraten an die Macht?



Das Hackernetzwerk Anonymous bringt die Leichen der Herrschenden aus den Kellern. Die Piratenpartei in Berlin erhält 9%, in Österreich können sich bis zu 31% vorstellen, sie zu wählen. Millionen Menschen weltweit beobachten voll Sympathie die Occupy-Bewegung oder nehmen daran teil.

Es herrscht eine weit verbreitete Ablehnung von Parteien. Die etablierten Parteien haben auch nichts anderes verdient. Sie alle haben bewiesen, dass sie fest am Boden des Kapitalismus stehen und kein Interesse an wirklicher Veränderung zugunsten der breiten Masse haben. Viele meinen zurecht, dass wir etwas „komplett Neues“ brauchen. Auch wir. Die SLP ist eine revolutionäre Organisation – wir wollen den Kapitalismus nicht nur verändern, sondern stürzen. Wir sind der Meinung, dass es eine Organisation braucht, die international geschlossen agiert. Die demokratisch organisiert ist und fest auf einem revolutionär-sozialistischem Programm steht. Die Geschichte hat gezeigt, dass es viele revolutionäre Situationen gab, doch die Chance meist ungenutzt blieb.

Grund dafür war nie fehlende Begeisterung oder zahlenmäßige Schwäche. Es fehlte eine starke Organisation, die den Forderungen der Bewegung Ausdruck verleiht und programmatische und taktische Vorschläge macht um sie weiter zu entwickeln.

Die neuen Bewegungen und ihre verschiedenen Ausdrucksformen wie Occupy, Anonymous oder Piratenparteien wollen breit sein. Das ist ein guter und richtiger Ansatz. Ohne Massenbewegungen wird der Kapitalismus nicht zu stürzen sein. Es ist auch klar, dass es in solchen Bewegungen eine Vielzahl an verschiedenen Zugängen und Taktiken gibt.

Doch vieles an den „neuen“ Bewegungen ist nicht so neu. Geheimbünde wie Anonymous gab es immer. Das Konzept von Anonymous ist, ohne Strukturen als Plattform für allerlei Widerstand gegen das System zu dienen. Das bedeutet das komplette Fehlen demokratischer Strukturen – und damit Willkür der AkteurInnen, die schon länger „drin“ sind, oder aus sonstigen Gründen mehr Einfluss haben. Sie können zwar aufdecken und den Herrschenden lästig

sein, doch gestürzt haben Geheimbünde ein herrschendes System nie. Dazu brauchte es stets Massenbewegungen.

Neue Parteien, die das Vakuum gefüllt haben, dass die korrupten und abgehobenen etablierten Parteien entstehen lassen, gab es auch immer wieder. Doch meist hat ihnen das Programm, die Strategie und die Basis gefehlt, um sich auf Dauer als kritische und kämpferische Alternative halten zu können. Das bekannteste Beispiel dafür sind die Grünen.

In der aktuellen Bewegung suchen immer mehr Menschen nach Alternativen zum Profitsystem. Eine zentrale Frage ist, wie und auf welcher programmatischen Grundlage der Kapitalismus überwunden werden soll.

Die mit Abstand breiteste und aktivste neue Entwicklung ist die Occupy-Bewegung. Auch ihr fehlen demokratische Strukturen schmerzlich. Wer nicht Zeit hat, an sämtlichen Versammlungen teilzunehmen, hat kaum eine Möglichkeit, mitzubestimmen. Das Fehlen demokratischer Strukturen bedeutet nicht, dass es kei-

ne Führung gibt, sondern nur, dass diese keine demokratische Legitimation hat. Schon oft haben sich Bewegungen mangels solcher Strukturen totgelaufen, wie die UniBrennt-Bewegung in Österreich 2009.

Der Mangel an programmatischer Klarheit und demokratischen Strukturen birgt aber noch eine weitere Gefahr: Die Unterwanderung durch obskure und reaktionäre Kräfte. Die (selbsternannten) SprecherInnen preisen das Fehlen von Strukturen und Forderungen als Stärke. Währenddessen versuchen Rechte und Reaktionäre das auszunützen und in die Bewegung einzusickern.

Dubiose VerschwörungstheoretikerInnen sind auf Occupy-Demos keine Ausnahme. Sie setzen bei der berechtigten Kritik am Finanzsystem an und landen oft ganz schnell bei antisemitischen Verschwörungstheorien. Sie sind ein verschwindend kleiner Teil der Bewegung, nutzen aber das Fehlen von Strukturen um ihre Ideen zu verbreitern. Da ist es dann nicht verwunderlich, wenn im Internet hinter der Anonymous-Maske der Holocaust gezeugnet wird oder bei Occupy-Demos in Ös-

terreich Reden über die angebliche „Rothschild-Verschwörung“ geschwungen werden.

Die Ablehnung der etablierten Parteien ist verständlich und richtig. Doch daraus eine Ablehnung aller Parteien zu konstruieren schwächt die Bewegung. Denn es schließt jene politischen AktivistInnen aus, die Mitglied in Parteien sind, ist aber offen für jene, die ihre Parteilichkeit verstecken.

Die Occupy-Bewegung ist ein großer Schritt in die richtige Richtung. Damit sie Erfolg hat müssen wir reaktionäre Strömungen zurückdrängen und neue politische Formationen aufbauen, die die Bewegungen aktiv unterstützen und weiterbringen. So eine neue Partei darf nichts zu tun haben mit dem, was es zurzeit auf der politischen Landkarte gibt – sie müssen demokratisch sein. Ihre VertreterInnen müssen jederzeit abwählbar und rechenschaftspflichtig sein. Sie darf nicht abhängig sein von Großspenden und Lobbyismus und muss sich inhaltlich klar vom Kapitalismus abgrenzen.

Sebastian Kugler

SLP-Programm genau erklärt:

Sozialpartnerschaft bedeutet besonders heute Verschlechterungen. Statt Privilegien und Bürokratie im ÖGB, für kämpferische & demokratische Gewerkschaften.

„Sozialpartnerschaft“ ist bei vielen Arbeitneh-

“Sozialpartnerschaft” vermittelt, dass gegensätzliche Interessen aussöhnbar seien. Während des Nachkriegsaufschwungs konnten noch Verbesserungen ausgehandelt werden – weil der Kuchen groß genug und

Wären die MetallerInnenstreiks während der Verhandlungen weiter gegangen, wäre ein besserer Abschluss drin gewesen! KollegInnen berichten, dass sie beim Streik nicht mitreden konnten. Nur ein demokra-

Statt Privilegien und Bürokratie im ÖGB: Kämpferische & demokratische Gewerkschaften.

merInnen positiv besetzt. Doch wer immer am Tisch der Mächtigen mitverhandeln „darf“, glaubt irgendwann, Teil davon zu sein. Die staatstragende Haltung des ÖGB ist eng mit der Entstehung der Sozialpartnerschaft verbunden. Bei ihrer Durchsetzung nach 1945 ging es um die Absicherung des Kapitalismus. Der ÖGB steht seitdem fest auf kapitalistischem Boden. Das Wort

das Kräfteverhältnis positiv war. In der Krise verschärft sich der Gegensatz von Arbeit und Kapital aber. Seit Ende des Nachkriegsaufschwungs heißt Sozialpartnerschaft, Verschlechterungen hinzunehmen. Die Gewerkschaftsbürokratie klammert sich an sie. Die Unternehmen nutzen sie zum Erpressen. Wir sind nicht gegen Verhandlungen – aber mit Streiks im Rücken geht das leichter.

tischer Streik mit gewählten Streikkomitees und verbindlichen Urabstimmungen über Verhandlungsergebnisse hat dauerhaft Rückhalt. Und: Wie soll man die KollegInnen vertreten können, wenn man selbst viel mehr verdient? FunktionärInnen sollten nicht mehr als der Durchschnitt verdienen, rechenschaftspflichtig und jederzeit wähl/abwählbar sein!

Wessen Presse ist die Presse?

Ob Berichterstattung im Sinne der Mächtigen oder Tauschgeschäfte mit der herrschenden Politik: Der Blick auf die österreichische Zeitungslandschaft macht wütend. Die Eigentumsverhältnisse bedeuten eine europaweit herausragende Medienkonzentration. Allen voran die Westdeutsche Allgemeine Zeitungsgruppe (WAZ), die mit 50% am Verlag Neue Kronen Zeitung und mit 49,4% am

Kurier Verlag beteiligt ist. Beiden gehören gemeinsam die Mediaprint-Gesellschaften, die mit über 300 Titeln das Zeitungs- und Zeitschriftenwesen in Österreich nahezu monopolisiert haben und auch an der Verlagsgruppe News beteiligt sind (profil, trend, Auto revue,...). Auch die österreichischen Konzerne stehen nicht für Pressefreiheit. Z.B. die Styria AG (Die Presse, Handelsblatt,...) ge-

hört zu 98,5% dem katholischen Presseverein. Eine Berichterstattung, die die Herrschenden in Frage stellt oder ausführliche Berichte über Widerstand bringt, ist da nicht zu erwarten.

Daher: Vorwärts lesen, Vorwärts abonnieren – und damit eine Zeitung unterstützen, die seit 1983 sozialistische Ideen vertritt und nur von ihren LeserInnen „abhängig“ ist. **Claudia Sorger**

Teure Schikane gegen politische AktivistInnen – Helft, damit Strafen uns nicht stoppen können!

Bei der staatlichen Repression gilt die Bauernregel „auch Kleinvieh macht Mist“. Neben Gerichts- und UVS-Verfahren waren SLP-AktivistInnen in den letzten drei Jahren mit über 60 Verwaltungsstrafen konfrontiert. So auch bei der Abschiebung der Familie Mesropian (Herr Mesropian wurde übrigens in seiner „Heimat“ gleich verhaftet!). Besonders schikanös: Seit 1.7.2011 gilt das neue Fremdrecht: Abschiebetermine werden



nicht mehr bekannt gegeben, eine „fristgerechte“ Anmeldung von Protesten ist unmöglich – d.h. Strafe. Um unsere AktivistInnen bei der Arbeit gegen Abschiebungen nicht durch Strafen stoppen zu

lassen, brauchen wir Eure Unterstützung.

Spende eine Verwaltungsstrafe auf das PSK-Konto 8812.733 (Verwendungszweck: Anti-Repression)

Die SLP-Treffpunkte

GMUNDEN

SLP-Ortsgruppe
jeweils Sonntag, 19⁰⁰ Uhr
im *‘Wiener Café’*
Esplanade Gmunden

GRAZ

SLP-Ortsgruppe
jeweils Mittwoch, 18⁰⁰ Uhr
im *‘Stockwerk’*
Jakominiplatz 18

LINZ

SLP-Ortsgruppe
jeweils Montag, 18³⁰ Uhr
im *‘Alte Welt’*, Hauptplatz 4

SALZBURG-STADT

SLP-Ortsgruppe
jeweils Montag, 19⁰⁰ Uhr
im *‘Shakespeare’*
Hubert-Sattler-Gasse 3
Nähe Mirabellplatz

Kein SLP-Treffen in der Nähe?
Wir helfen Dir beim Aufbau!

NIEDERÖSTERREICH

unregelmäßige Treffen
Infos per E-Mail slp@slp.at

WIEN

SLP-Jugendgruppe
jeweils Montag, 18³⁰ Uhr
im *‘Amerlinghaus’*
7., Stiftgasse 8
U2/U3 Volkstheater; Linie 49

SLP-Ortsgruppe
jeweils Mittwoch, 18³⁰ Uhr
in der *‘Pizzeria La Piazza’*
20., Gaussplatz 7
Linie 31; Linie 5A

SLP-Unigruppe
jeweils Donnerstag, 19³⁰ Uhr
im *‘Café Daun’*, Hinterzimmer
8., Skodagasse 25
Linie 43, Linie 44; Linie 13A

SLP-Ortsgruppe
jeweils Donnerstag, 19⁰⁰ Uhr
im *‘Gasthaus Zypresse’*
7., Westbahnstraße 35A
U6 Burggasse; Linie 5

Andere über uns



Die SLP hat österreichweit in die MetallerInnenstreiks interveniert. Besonders vor dem Opelwerk in Wien Aspern. Wir standen zu jedem Schichtwechsel vor dem Werk. Für einen Streikbericht drehte der Online-Standard bei Opel – Prominent im Bilde: SLP-AktivistInnen, die mit streikenden ArbeiterInnen diskutieren, „Vorwärts“ verkaufen und Flugblätter verteilen. Hübsches Video, lieber Online-Standard!

VORWÄRTS

Die sozialistische Zeitung seit 1983

seit September 2011:

Neues, handliches Format

Neues, modernes Design

Mehr Berichte & Analysen aus sozialistischer Sicht



Jahres-Abo (10 Ausgaben)

€ 14,- **Sozial-Abo** für Menschen ohne eigenem Einkommen

€ 24,- **Normal-Abo**

ab € 7,-/Monat: **Alles inklusive Abo** (alle Publikationen der SLP)

VORWÄRTS Jetzt abonnieren: www.slp.at



FPÖ: Gegen ArbeiterInnen und Gewerkschaften

Wenn ArbeitnehmerInnen streiken, zeigen die Blauen ihr wahres Gesicht

„Jeder Streik gefährdet die Produktivität, den Standort und damit die Arbeitsplätze der Arbeitnehmer“ verkündete der freiheitliche Funktionär und Unternehmer Fritz Amann zum Metallstreik, den übrigens selbst 73 Prozent der FPÖ-Anhänger unterstützten. Er verwehre sich auch dagegen die Arbeitgeber durch einen „unrealistisch hohen Lohnabschluss“ zur Ader zu lassen. Ebenfalls „gute Ideen“ hat der steirische FPÖ-Funktionär Hermann Ta-

lowski. Er fordert Menschen die aus der Kirche ausgetreten sind, an Feiertagen keine Überstundenzuschläge mehr zu bezahlen. An dieser Stelle sei daran erinnert, dass mit Landeshauptmann Dörfler bereits etliche freiheitliche die Zerschlagung des ÖGB gefordert haben. Angesichts einer solchen „Sozialpolitik“ erscheint es ein Hohn wenn am 19.10.2011 SPÖ, FPÖ und Grüne (!) auf einer gemeinsamen (!) Pressekonferenz das neue Linzer So-

zialprogramm präsentierten. Unter Anwesenheit des Vizebürgermeisters Klaus Luger (SPÖ) und der grünen Sozialsprecherin Roschger konnte dort der blaue Fraktionsobmann Sebastian Ortner unwidersprochen betonen, dass in der Sozialpolitik "Gruppen wie Frauen und Migranten nicht bevorzugt" werden dürften. Zusammen haben SPÖ und Grüne übrigens in Linz eine klare Mehrheit...

John Evers



Die Sozialistische Linkspartei Wofür wir stehen!

- > Schluss mit Arbeitslosigkeit, Lohnkürzung & Schikanen gegen Arbeitslose. Mindestlohn & Mindestpension von 1.200 Euro netto & Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche – d.h. Verteilung der vorhandenen Arbeit auf Alle bei vollem Lohn. Unbefristetes Arbeitslosengeld und Pension dürfen nicht unter dem Mindestlohn liegen.
- > Kapitalismus bringt immer wieder Krisen! Statt Subventionen aus unseren Steuern für Banken & Konzerne wollen wir ein öffentliches Investitionsprogramm bei Gesundheit, Bildung, Wohnen, Umwelt & Verkehr.
- > Der Kampf für Frauenrechte ist für uns Teil des Kampfes für eine sozialistische Gesellschaft! Für eine gerechte Entlohnung und Verteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit! Flächendeckende kostenlose Betreuung von Kindern und Pflegebedürftigen durch bezahlte Fachkräfte. Schluss mit Sexismus und Gewalt gegen Frauen!
- > Wir mobilisieren gegen die Angriffe der radikalen Abtreibungsgegner auf das Selbstbestimmungsrecht von Frauen! Möglichkeit auf kostenlosen Schwangerschaftsabbruch in öffentlichen Spitälern in allen Bundesländern.
- > Schluss mit rassistischen Gesetzen und Abschiebungen! MigrantInnen sind nicht die Ursache für soziale Probleme. Gemeinsamer Kampf von ÖsterreicherInnen und MigrantInnen für die volle rechtliche, politische und soziale Gleichstellung aller hier lebenden Menschen.

- > Die Jugend braucht eine Zukunft. Statt Kürzungen und Privatisierung mehr Geld für Bildung, die sich nicht an den Interessen der Wirtschaft orientiert, sondern kritische und selbständige Menschen zum Ziel hat. Ausreichend Lehrstellen & Jobs, von denen man leben kann, leistbare Wohnungen und Freizeiteinrichtungen ohne Konsumzwang.
- > Schluss mit der Diskriminierung, Stigmatisierung und Behinderung von Menschen mit besonderen Bedürfnissen. Für das Recht auf Selbstorganisation und Selbstbestimmung.
- > Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben, Transgenderpersonen & Bisexuelle
- > Nein zu polizeistaatlichen Methoden und privaten Sicherheitsdiensten, die nur die Interessen des Kapitals schützen. Statt auf Überwachungsstaat und Aufrüstung setzen wir auf soziale Sicherheit. Keine Kooperation & kein Beitritt zu einem Militärbündnis.
- > Sozialpartnerschaft bedeutet besonders heute Verschlechterungen. Statt Privilegien und Bürokratie im ÖGB für kämpferische und demokratische Gewerkschaften.
- > Faschistische und rechtsextreme Organisation wie BFJ, NVP & auch die FPÖ sind eine reale Bedrohung für MigrantInnen, GewerkschafterInnen & Linke. Dagegen braucht es entschlossenen Widerstand und den Aufbau einer politischen Alternative!
- > SPÖ und Grüne sind diese Alternative nicht. Sie können die rechte Gefahr nicht stoppen. Wir wollen keine StellvertreterInnenpolitik,

sondern wir brauchen eine neue starke, kämpferische sozialistische Partei für ArbeiterInnen, Arbeitslose & Jugendliche, deren VertreterInnen keine Privilegien haben.

- > Hunger, Krieg, Armut & Verschuldung sind die Folge imperialistischer, neokolonialer Politik. Für internationale Solidarität & Zusammenarbeit der ArbeiterInnenbewegung.
- > Keine Privatisierung der Gewinne und Verstaatlichung der Verluste. Es reicht nicht, die Finanzmärkte zu regulieren und internationale Institutionen wie EU, IWF & Weltbank zu reformieren. Wir brauchen eine echte Alternative zum Kapitalismus. Darum sind wir für die Überführung der Banken & Konzerne in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle & Verwaltung der Beschäftigten und der Gesellschaft.
- > Kapitalismus bedeutet Umweltzerstörung und Chaos. Nachhaltigkeit und Wohlstand durch eine demokratisch geplante Wirtschaft, die von gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht von Aktienkursen & Profiten bestimmt wird.
- > Eine revolutionäre Veränderung ist notwendig. Lediglich Reformen führen zu keinen grundlegenden Verbesserungen. Die ArbeiterInnenbewegung & die Jugend sind Kräfte, die den Bruch mit dem Kapitalismus & eine demokratische, sozialistische Gesellschaft erkämpfen können.